

## DIE POLITISCHE LAGE IN OSTDEUTSCHLAND.

Die Faktoren, deren Funktion das politische Phänomen Ostdeutschland ist, haben ihre Kraftquelle zum grössten Teil ausserhalb der Ostzone selbst, in den Machtzentren des weltpolitischen Geschehens. Diese Faktoren, die hier weitgehend nur in ihren Auswirkungen verfolgt werden können, sind momentan in tiefer Umbildung begriffen, schwankend, voller Gegensätze und innerer Widersprüche und deshalb nicht eindeutig bestimmbar.

Wesentliche Zusammenhänge lassen sich aber doch feststellen und daraus gleichzeitig vielleicht auch einige nützliche Rückschlüsse auf das Spiel der weltpolitischen Kräfte ziehen, die am Werke sind.

1. Die Grundlage für eine realistische und sinnvolle Fragestellung ist die Betrachtung Ostdeutschlands als Objekt und Instrument der Sowjetmacht in der weltpolitischen Auseinandersetzung in und um Europa.
2. Moskau hält alle wesentlichen Machtpositionen der öffentlichen Gewalt in Ostdeutschland in seiner Hand oder unter seiner direkten Kontrolle.

Seine Mittel sind:

die umfangreichen sowjetischen Streitkräfte in Ostdeutschland (ca. 300.000 Mann gut ausgerüsteter und mit allen erforderlichen Hilfsmitteln versehener Truppen),

die hier eingesetzten Kontrollorgane und

der kommunistische Staats- und Parteiapparat, den Moskau unter seiner Befehlsgewalt in Ostdeutschland geschaffen hat, dessen Zuverlässigkeit und Durch-

- 2 -

setzungsvermögen allerdings die Probe der vergangenen Wochen nicht bestanden haben.

Gerade die Ereignisse der letzten Zeit haben wieder "ad oculos" demonstriert, dass Moskau mit der Errichtung eines Staatswesens in Ostdeutschland, der DDR, deren Regierung sie nach aussen (optisch) die Ausübung der Souveränität überlassen wollte, seine Gewalt und Befehlsgewalt keineswegs aus der Hand gegeben hat. Als es notwendig erschien, zögerten die Sowjets keinen Augenblick, über weite Gebiete der Ostzone den Ausnahmezustand zu verhängen und die öffentliche Gewalt durch die Macht ihrer Truppen vollziehen zu lassen.

Die "souveräne" Regierung der DDR ist eine Fassade. Neben dieser Tatsache ist die Frage, ob und wie weit Moskau den in dieser Regierung oder in der SED eingesetzten Deutschen die Entwicklung einer eigenen Initiative gestattet, von durchaus untergeordneter Bedeutung. Der oberste kommunistische Grundsatz der "Einheit des Willens der Partei", deren Träger selbstverständlich im Kreml sitzt, gilt auch bei den Kommunisten in Ostdeutschland. Moskau hat aber in der Ostzone darüber hinaus die Möglichkeit und, wie ein Beobachter in Berlin immer wieder erfahren kann, auch die Gewohnheit behalten, zu allen Details der Politik seine Direktiven zu geben und deren Ausführung mit seinen Machtmitteln hier direkt sicherzustellen.

3. In Moskau wurde denn auch der Entschluss gefasst, in Ostdeutschland (ebenso wie in andern Satellitenstaaten) die Politik der Ära Stalins durch einen "neuen Kurs" zu ersetzen, die von Ulbricht ein Jahr vorher proklamierte Sozialisierung der DDR einzustellen (teilweise rückgängig zu machen), den wirtschaftlichen Druck, der auf der Bevölkerung lastet, abzubauen, auf den Kampf gegen die Kirche zu verzichten und das Regime auch durch andere Erleichterungen, wie inbezug auf den Interzonen-Reiseverkehr, zu mildern.

- 3 -

Durch den Aufruhr vom 17. Juni in Ostberlin und in weiten Gebieten der Ostzone wurde der Kreml ebenso überrascht, wie die übrige Welt. Seine Pläne wurden dadurch sehr schwer gestört.

Mit der Verhängung des Ausnahmezustandes zur Sicherung der öffentlichen Ordnung musste er eine Lage schaffen, die zu der mit dem "neuen Kurs" verfolgten Tendenz in krassestem Widerspruch stand.

Die Störungen und Schäden, die der Aufruhr der durch die früheren Fehlplanungen und Übertreibungen ohnehin schwer in Mitleidenschaft gezogenen ostdeutschen Wirtschaft zufügte, die Desorganisation der Produktion, von Transport und Verteilung der Lebensmittel und anderer Bedarfsgüter führte zu einer scharfen Akzentuierung der Versorgungskrise, einem denkbar schlechten Start für den Plan, den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben.

Der "neue Kurs" gilt trotzdem weiterhin als Grundlage der östlichen Politik und Propaganda, wenigstens theoretisch. Er ist aber durch die Massnahmen, die zur Sicherung der "fortschrittlichen Ordnung" in Ostdeutschland getroffen werden, schwer gehemmt und dort, wo er sich auswirkt, ist er sehr viel weniger spontan und selbstverständlich als er unmittelbar vor Mitte Juni in Erscheinung trat. Er gilt tatsächlich gegenwärtig im wesentlichen (und mit starken Einschränkungen) nur wirtschaftlich, nicht politisch.

Während die Versorgungslage und die allgemeine Stimmung noch sehr schlecht sind, hat der "neue Kurs" doch gegenwärtig eine beträchtliche praktische Bedeutung für die vorher schwerstem Druck ausgesetzten und vor dem Ruin stehenden selbständig Erwerbenden, die Bauern, kleinen Geschäftsleute und Handwerker. Auch von einem Kampf gegen die Kirche kann noch nicht wieder die Rede sein. Die Zahl der Interzonenpässe, die an Ostbewohner für Reisen nach Westdeutschland ausgestellt werden, ist zweifellos sehr wesentlich höher als noch vor einigen Monaten.

- 4 -

Auch dieses wenige ist aber schon sehr viel mühsamer und langwieriger, hie und da fast zweifelhaft geworden. Die Anzeichen mehren sich, die befürchten lassen, dass noch viel Wasser in den Wein des "neuen Kurses" gegossen wird, bevor er sich überhaupt in weiterem Umfang auswirken kann. Die staatlichen Organe, die den "neuen Kurs" durchführen sollen, wissen anscheinend vorläufig nicht, welchen Weg die Dinge schliesslich gehen werden.

Im Bestreben, die ganze Stimmung in Ostdeutschland zu entlasten, war von Seiten Semjonows, wenn nicht alle Anzeichen trügen, auch mit einer Änderung des Gesichts der ostdeutschen Regierung bestimmt zu rechnen, vor allem mit der Ausschaltung Ulbrichts.

Dieser stand als Animator der seinerzeit von ihm verkündeten Sozialisierung im Mittelpunkt der Kritik und Selbstkritik der SED. Er galt, wenn auch vielleicht nicht für die Partei, so doch jedenfalls für die Regierung als untragbar. Jetzt ist er wieder der wichtigste Mann in der DDR.

Seine Widersacher, von denen viele mit ihrer Haltung doch dem "neuen Kurs" näher stehen würden als er, der diesen Kurs nun angeblich durchführen soll, wurden aus ihren Positionen entfernt.

Die Kritik der Partei richtet sich heute weniger gegen den früheren "falschen" Kurs als gegen die Mitglieder, welche die Selbstkritik in defätistischer Weise übertrieben, damit die Partei geschwächt und das Ihre zu den Ereignissen des 17. Juni beigetragen und schliesslich diesen Ereignissen gegenüber nicht die nötige Entschlossenheit bewiesen hätten.

Bezeichnend für die Tragweite des Umschwungs ist das Beispiel von Hilde Benjamin, die sich in vielen Strafprozessen durch ihre unerbittliche Härte als Staatsanwalt ausgezeichnet hatte und nun berufen wurde, den wegen allzu grosser Milde gegenüber Provokateuren ausgeschalteten SED-Justizminister Fechner in seinem Amt zu ersetzen.

- 5 -

Viele andere Beispiele könnten in diesem Zusammenhang genannt werden, dasjenige von Zaisser, dessen Sicherheitsministerium am 17. Juni versagt hatte und der als Gegner Ulbrichts bekannt war, von Herrstadt, des Redaktors des "Neuen Deutschland", dessen Kritik an der frühern Politik nun als destruktiv bezeichnet wird, von Ackermann, der im ZK "falsch lag" (und der als interimistischer Aussenminister, soweit das festgestellt werden konnte, auch der Schweizerischen Delegation gegenüber nicht ganz der Unvernunft Ulbrichts folgte). Sie und manche andere wurden, wenigstens in ihrer politischen Stellung, erledigt (vgl. Bericht der Delegation vom 29.v.M.).

Der Gang der Dinge ist aber offenbar noch nicht endgültig vorgezeichnet.

Semjonow, der sich in seiner ganzen Haltung und nach zuverlässigen Berichten auch persönlich mit Ulbricht sehr schlecht versteht, ist immer noch als oberster Beauftragter der Sowjetunion in Berlin. Seine Kontakte zu den Nicht-Kommunisten, die für eine Änderung der Regierung in Frage kommen, sind nach sehr zuverlässigen Informationen nicht abgebrochen.

Er habe vielmehr seine Fäden weiter gesponnen, selbstverständlich zu Nuschke, aber u.a. auch zum alten Kastner, zu Professor Hickmann, zu Liebler (der allerdings wegen einer lebensgefährlichen Erkrankung seit Wochen und noch für längere Zeit aktionsunfähig ist) und auch zu dem bekannten Probst Grüber, der Semjonow mit aller wünschbaren Deutlichkeit erklärt habe, dass er für die Teilnahme an einer Regierung, an der Volksfeind Ulbricht wirken würde, keinesfalls zu haben wäre. Diesen Persönlichkeiten wurde bedeutet, dass die Frage einer Umbildung der Regierung aber nicht vor dem Monat Oktober spruchreif werden dürfte.

Die Situation ist also noch nicht geklärt. Im Moment hat zwar Ulbricht wieder Oberwasser, offenbar weil er die beste Gewähr dafür bietet, die Ausübung der öffent-

- 6 -

lichen Gewalt in der Hand der SED (im Dienste Moskaus) sicherzustellen.

Semjonow, der Bote des "neuen Kurses" und Antagonist Ulbrichts ist aber auch noch da, wenn er sich auch im Moment ziemlich still halten muss.

Welcher Richtung wird der Kreml den Vorzug geben? Diese Frage ist offenbar noch nicht entschieden. Der Kreml behält sich wohl noch die Möglichkeit vor, je nach dem Gang der Dinge auf die eine oder andere Karte zu setzen.

4. Diese Situation charakterisiert die momentane Politik der SED, wie sie auch an der 15. Tagung ihres ZK vom 24.-26.v.M. festgelegt wurde (vgl. den Bericht der Delegation vom 29.v.M.).

In der dort gefassten Entschliessung steht als Richtlinie der Partei der "neue Kurs" durchaus im Vordergrund. Der wichtigste praktische Zweck der Tagung war aber offenbar der, der Partei wieder eine feste Aktionsgrundlage zu geben.

Selbstverständlich war an der Tagung auch die Rede von der Wiedervereinigung Deutschlands. In der Entschliessung heisst es: "... Darum wird die SED ebenso wie die Regierung der DDR ihren bisherigen Kampf um die Verständigung unter der Losung "Deutsche an einen Tisch!" in verstärktem Masse fortsetzen. Sie wird weitere konkrete Massnahmen vorschlagen, um die von den Imperialisten und ihren westdeutschen Agenten aufgerissene Kluft zwischen Ost- und Westdeutschland zu überbrücken und die von allen ehrlichen Deutschen herbeigesehnte Wiedervereinigung unserer Heimat zu verwirklichen."

- 7 -

Die Partei, die sich ~~aber~~ offenbar vorläufig noch vollkommen auf ihre internen und innenpolitischen Aufgaben und Schwierigkeiten konzentrieren muss, war aber bisher ebenso wenig wie die Regierung der DDR in der Lage, eine politische Initiative zu entfalten, die in irgendeiner Weise schlagkräftig nach Westdeutschland wirken könnte.

Von einer aktiven aussen- und gesamtdeutschen Politik der DDR und der SED kann gegenwärtig nicht gesprochen werden. Die Grundtendenzen in diesem Bereich scheinen allerdings durchaus unverändert zu sein.

5. Bevor ich versuchen will, die Hintergründe der sowjetischen Politik in Deutschland zu streifen, möchte ich noch von einem Faktor sprechen, den der Krenl zu seiner peinlichen Überraschung nicht richtig in Rechnung gestellt hat und der auch das künftige Geschehen vielleicht beeinflussen könnte, die Haltung der ostdeutschen Bevölkerung.

Es war Moskau mit seinem Regime gelungen, die Bewohner der Ostzone zu einem anscheinend vollkommen passiven und gehorsamen Objekt ihrer Politik zu machen. Ein unvoreingenommener Beobachter in Berlin konnte zwar schon früher nicht an der allgemein negativen Einstellung der Bevölkerung Ostdeutschlands dem dort herrschenden Regime gegenüber zweifeln. Diese Einstellung, der das Regime mit den bekannten östlichen Methoden jede Äusserung verunmöglicht hatte, ist aber plötzlich von einer schwankenden, sehr unbestimmten und langsam im Bewusstsein der Ostdeutschen zurückgedrängten Grösse zu einem klaren politischen Faktum geworden, das die Menschen in Ostdeutschland in ihrer Haltung bestätigte und bekräftigte und dem die ganze Welt Rechnung tragen muss (zitiert aus meiner Politischen Mitteilung No. 12 vom 23. Juni).

Es gelang der Sowjetmacht zwar, durch den Einsatz ihrer militärischen Machtmittel die öffentliche Ruhe und Ordnung wieder einigermaßen herzustellen.

- 8 -

Die Ereignisse vom 17. Juni sind aber nicht mehr ungeschehen zu machen. Das psychologische Klima der Ostzone hat eine tiefgreifende Änderung erfahren, während gleichzeitig die Einstellung der westlichen Welt zu der ostdeutschen Bevölkerung dadurch starke positive Akzente erhalten hat.

Der Aufstand vom 17. Juni hat noch starke Nachwirkungen.

Die Reorganisation der SED und die erneute Festigung ihrer Positionen in Ostdeutschland sind noch nicht abgeschlossen.

Auch das Instrument der staatlichen Sicherheitsorgane, die sich als unzuverlässig erwiesen hatten und deren Chef Zaisser ausgeschaltet worden ist, ist noch sehr reparaturbedürftig (an einem einzigen Tag haben sich kürzlich 50 Vopoleute nach Westberlin abgesetzt!).

Die von Westberlin aus durchgeführte Paketaktion für die darbende Ostzonenbevölkerung hat bei ihr das Gefühl gestärkt, dass der Westen, der an den kritischen Tagen von Mitte Juni zu einer Unterstützung des Aufstands nicht in der Lage war, doch willens ist, sie nicht im Stich zu lassen. Obschon die Ostzonenbewohner, welche die Lebensmittel abholen, wissen, dass sie ihnen mit einiger Wahrscheinlichkeit wieder abgenommen werden, betrachten viele von ihnen die Fahrt nach Berlin als eine erneute Demonstration gegen das Regime (vgl. Bericht der Delegation vom 5.d.M.). Dieser Aspekt der Haltung der Bevölkerung wird natürlich noch unterstrichen durch die heftigen Gegenmassnahmen, welche das Regime gegen die Aktion getroffen hat (Einstellung des Fahrkartenverkaufs für Reisen nach Berlin, gewaltsame Beschlagnahme der Pakete und Verfolgung der Beteiligten).

Die Stimmung der Bevölkerung, die mit der Unterdrückung des Aufstands vom 17. Juni einen starken Dämpfer erhalten hatte, ist wieder zuverlässlicher geworden.



Die Misstimmung gegen das Regime ist besonders bei den Arbeitern unverändert stark und auch die latente Bereitschaft, wieder zu handeln. Das bedeutet für die Sicherheit der Sowjetmacht für den Fall ernsterer politischer Verwicklungen, ganz zu schweigen von einer bewaffneten Auseinandersetzung, eine ernste Gefährdung.

Gegenwärtig ist allerdings die Lage charakterisiert durch die Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe in Ostdeutschland und des östlichen Machtapparates und Regimes. Vorläufig ist eine neue allgemeine Auflehnung der Bevölkerung kaum zu erwarten, solange dazu von aussen nicht in irgend einer Weise ein Anlass und Anstoss gegeben wird.

Bezeichnend dafür, wie die Sowjets die Lage beurteilen, ist die Tatsache, dass sie die vorgesehenen Sommermanöver ihrer Truppen abgesagt und diese einsatzbereit in ihren Unterkünften behalten haben.

6. Wenn Moskau nach dem Tode Stalins in seinem ganzen Machtbereich auf eine Erleichterung des innern politischen und wirtschaftlichen Drucks und auf einen Abbau der aussenpolitischen Spannungen hinarbeiten wollte, so musste diese Tendenz in Deutschland zwangsläufig in besonders deutlicher Weise zum Ausdruck kommen.

Für Moskau ist Deutschland sicher nach wie vor ein Problem allerersten Ranges. Moskau betrachtet sicher eine Wiederbewaffnung Westdeutschlands in der Gemeinschaft mit den Westmächten als eine lebensgefährliche Bedrohung, deren Beseitigung ein wichtigstes Anliegen ihrer Politik ist.

Mit der Änderung des Kurses seit dem Tode Stalins wurde nicht dieses Ziel sondern die Methode, die dazu

Politik der UdSSR

- 10 -

führen soll, geändert. Hier in Deutschland wollte Moskau damit neue Aktionsmöglichkeiten nach dem Westen gewinnen.

Der Kreml ersetzte die "Sowjetische Kontrollkommission" (unter der Leitung von General Tschuikow) durch die Institution eines Hohen Kommissars (Semjonow), um ihre Besetzungsgrundlage in der Ostzone an diejenige in Westdeutschland anzupassen und dort so ein Instrument zu erhalten, das auf dem Boden der formellen Gleichstellung mit den westlichen Beauftragten sollte verkehren und vielleicht auch verhandeln können (aus meiner Politischen Mitteilung Nr. 9 vom 3. Juni).

Bei der Begründung des "neuen Kurses", den Semjonow von Moskau mitgebracht hatte, wurde erklärt, dass damit der Zusammenschluss aller patriotischen Kräfte und die Wiedervereinigung Deutschlands gefördert werden soll (ein Hinweis, der am 7.d.M. neuerdings in einer Rede von Ulbricht wiederholt wurde).

Irgend etwas Konkretes hat aber bei diesen Bemühungen bisher nicht herausgeschaut. Die Ereignisse in Ostdeutschland führten zu einer Lage, die Semjonow nicht gestattete, nützliche Kontakte nach dem Westen aufzubauen. Er hat bisher von seinen westlichen Gegenspielern ~~meines Wissens~~ bisher nur Kirkpatrick persönlich getroffen (am 8.d.M. bei Anlass eines vom letztern organisierten Abschiedsempfangs).

Der deutsche politische Apparat war so gelähmt, dass er zu einer wirksamen Aktion nach dem Westen vollends nicht im Stande war.

Die sowjetische Politik wurde also durch die Ereignisse vom 17. Juni in Deutschland für lange Wochen weitgehend lahmgelegt.

Ob sie hier in der Lage sein wird, vor den Neuwahlen in Westdeutschland doch noch eine wirksame Initiative zu entfalten, erscheint höchst

- 11 -

unwahrscheinlich. Es ist vielmehr anzunehmen, dass sich Moskau damit abgefunden hat, dass vor diesem Termin nichts mehr Wesentliches unternommen werden kann.

Diese Annahme wird gestützt durch die Tatsache, dass der Entscheid über die künftige Taktik in Deutschland offenbar aufgeschoben und selbst die Frage einer Umbildung der DDR-Regierung auf Oktober vertagt zu sein scheint.

Dieser These würde wohl auch die Antwort entsprechen, die Moskau den Westmächten am 4.d.M. erteilt hat und worin sie die taktische Linie ihrer Deutschlandpolitik auf der Viermächteebene ebenfalls im Dunkeln liess.

Diese Passivität ist aber jedenfalls zeitbedingt und m.E. viel mehr mit den momentanen Verhältnissen in Deutschland als mit innenpolitischen Schwierigkeiten in Moskau zu erklären.

Was werden die Russen nach den Wahlen in Westdeutschland tun? Offenbar werden sie, wenn sich Adenauer behaupten kann (was vorläufig wahrscheinlich ist), vor einer sehr schwer zu bemeisternden Aufgabe stehen.

Die Politik Adenauers, der zuerst die Integration (und EVG) und erst gestützt auf die so gewonnene Stärke die Wiedervereinigung will, lässt eine Lösung mit Moskau nicht möglich erscheinen. Moskau kann nicht aus Furcht vor Westdeutschland Ostdeutschland preisgeben, wenn es nicht eine Gewähr dafür erhält, dass dann nicht das vereinigte Deutschland im westlichen Machtblock gegen den Osten gerüstet wird (und dass der Abzug aus Ostdeutschland eine Bewegung einleitet, die nicht mehr aufgehalten werden kann).

Moskau ist brennend an einer Lösung der Deutschlandfrage interessiert, sieht aber im Moment offenbar noch nicht, wie sie realisiert werden kann.

Die Ereignisse vom 17. Juni haben der Erkenntnis der Russen, dass eine Lösung der Deutschlandfrage "notwendig" ist, sicher keinen Abbruch getan; im Gegenteil. Sie

Sie haben aber die taktische Möglichkeit, auf eine solche Lösung hinzuwirken, in Deutschland selbst schwer beeinträchtigt.

So gesehen, würden die Russen also im Moment vor einem "impasse" stehen, vor der Unmöglichkeit, den gegenwärtigen Zustand in Deutschland bestehen zu lassen, und der Unmöglichkeit, einer Lösung des Problems näher zu kommen.

Die Haltung einiger westlicher Staaten und die Schwierigkeiten, die EVG zu verwirklichen, lassen der Politik Moskaus aber doch noch beträchtlichen Spielraum.

Wenn sich allerdings dem Kreml ein Ausweg aus dem "impasse" nicht zeigt, wird ihm, wenn er nicht kapitulieren will, vielleicht doch nichts anderes übrig bleiben, als sich in Ostdeutschland festzuklammern und das Regime mit weiterem Terror zu sichern. Wird das durch die momentane Entwicklung in Ostdeutschland schon angedeutet?

7. Von Westberlin aus wird die Paketaktion für die Ostzonenbewohner mit bemerkenswerter Einsatzfreude durchgeführt. Der Regierende Bürgermeister Reuter erklärte zwar bei einer kürzlichen Unterhaltung (im Beisein von Nationalrat de Senarclens aus Genf) diese Hilfe solle, damit sie nicht erschwert werde, so unpolitisch wie möglich durchgeführt werden; es sei aber selbstverständlich politisch "alles drin". Reuter hatte als "professioneller Optimist" (wie er von den westlichen Vertretern hier gelegentlich bezeichnet wurde) in den langen Momenten der hoffnungslosen Erstarrung der Positionen in Deutschland deutliche Zeichen einer zunehmenden Ermüdung und Desorientierung erkennen lassen. Jetzt ist er wieder voll Zuversicht. Um die Wirkung von Westberlin auf das sowjetische Besetzungsgebiet zu charakterisieren verglich er sie mit derjenigen der "Trompeten von Jericho".

- 13 -

Sicher ist der Einfluss von Westberlin, schon der blossen Existenz dieses Vorpostens der freien Welt und Zufluchtsortsverfolgter Ostzonenbewohner, auf ihre sowjetisch besetzte Umgebung sehr stark. Dieser Einfluss war sicher auch eine wesentliche Voraussetzung für die Ereignisse vom 17. Juni; aber mehr nicht. Es ist ganz undenkbar, dass der Aufstand mit Agenten von Westberlin, wie der Osten zur Wahrung ihres Gesichts behauptet, organisiert werden konnte. Die Tätigkeit des RIAS-Senders und politischer Organisationen in Westberlin hat sich in der Zone in den kritischen Tagen selbstverständlich wesentlich ausgewirkt; getragen wurden die Ereignisse aber spontan vom Unwillen der Bevölkerung, namentlich der Arbeiterschaft in den Grossbetrieben.

Den Westen und vom Westen beauftragte "faschistische Provokateure" für den Aufstand vom 17. Juni verantwortlich machen zu wollen, dazu braucht es schon die Hypokrisie der Kommunisten, die selbst dauernd und unverblümt die These vom Landesverrat der Regierung Adenauer und der Legitimität des Volksaufstands gepredigt und nicht nur zum Aufruhr gehetzt, sondern bei jeder Gelegenheit ihre Leute organisiert zu Störaktionen nach Westberlin geschickt haben. Wenn sie damit keinen Erfolg hatten, so nur deshalb, weil Westberlin zu ihrem Leidwesen eben nicht sturmreif gemacht werden konnte.

Auch dieser Tage haben sie wieder tausende von ihren Leuten über die Sektorengrenze an den Paket-Ausgabestellen in Westberlin aufmarschieren lassen, um hier den Unmut des Volkes in Szene zu setzen.

Wie passiv und vorsichtig erscheint daneben die Haltung, die der Westen offiziell während der Ereignisse vom 17. Juni eingenommen hat, und wie harmlos - aber wirksam - die Paketaktion, über welche die Kommunisten heute so erobost sind.

Die Impulse, die, wie die Paketaktion, von Westberlin ausgehen, steigern zwangsläufig die Spannungen, mit denen das Sowjetregime in der Ostzone zu rechnen hat.

- 14 -

Westliche Beauftragte hier, Franzosen und Engländer,  
sind über die Hilfe für die hungernden Ostzonenbewohner  
nicht begeistert. Sie sind der Auffassung, dass die  
Ereignisse vom 17. Juni und die Paketaktion geeignet  
sind, ein Entgegenkommen der Russen, das im Interesse  
des Weltfriedens zu begrüssen wäre, unmöglich zu machen.  
Man sollte nach ihrer Meinung die Sowjetmacht in Deutsch-  
land nicht in einen "impasse" treiben, sondern ihr einen  
gefahrlosen Ausweg offen lassen, wenn man wirklich einer  
friedlichen Lösung und nicht einer kritischen Steigerung  
der Spannungen entgegengehen und unterwegs einen Teil  
der Gefolgschaft, z.B. Frankreichs, verlieren will.

Darf man aber heute schon damit rechnen, dass  
die Russen bereit sind, nach dem gesunden  
Prinzip Lenins "zwei Schritte zurück, einen  
Schritt vorwärts" zu handeln? und wird der  
Westen es verstehen, eine solche Bereitschaft  
auszunützen?

Dass diese Fragen heute gestellt - nicht be-  
antwortet - werden können, wäre wohl an sich  
schon für den Westen ein ermutigendes Zeichen,  
wenn er nicht selbst so grosse Mühe hätte,  
sich auf eine konstruktive Linie zu einigen.

In diesem Zusammenhang möchte ich zum Schluss  
aus einer privaten Unterredung mit dem indi-  
schen Gesandten in Prag, der vorher als erster  
Mitarbeiter der Botschaft in Moskau und dann  
als Vertreter seines Landes in Berlin tätig war,  
eine recht bemerkenswerte Meinungsäusserung  
festhalten. Er neigt der Auffassung zu, dass  
die innern Schwierigkeiten, mit denen der Kreml  
sowohl in Russland selbst als auch in den Satel-  
litenstaaten und in seinen Beziehungen zu China  
rechnen muss, so gross sind, dass er schliess-  
lich nicht darum herumkommen wird, sich vor  
dem äussern Druck aus dem nicht assimilierten  
und nicht assimilierbaren Besetzungsgebiet in  
Deutschland zurückzuziehen, selbst auf die Ge-  
fahr hin, damit eine unaufhaltsame Rückzugsbe-  
wegung einzuleiten.

Berlin, den 11.8.1953.